

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Es existieren viele Versuche, die Komplexität politischer Prozesse darzustellen. Einer der bekanntesten und eindrücklichsten dürfte der „policy cycle“ sein, der erstmals in den 1950er Jahren in den USA von Harold Dwight Lasswell präsentiert und seither an vielen Stellen weiterentwickelt wurde. Die Frage, an welchen Stufen dieses Kreislaufs welche Form von Beratung ansetzen kann, gehört somit zum Kernbestand der Politikberatungsforschung. Fachliche und institutionelle Ausdifferenzierungen und Neuausrichtungen sowie technologische Entwicklungen lassen auch die Landschaft politikberatender Einrichtungen sowie deren Netzwerke immer vielschichtiger werden, sodass die beratende Begleitung politischer Prozesse vor immer neuen Aufgaben steht.

Die wissenschaftlichen Aufsätze dieser Doppelausgabe der ZPB widmen sich aus unterschiedlichen Perspektiven dieser Frage. Wie, wann, wo und unter welchen Voraussetzungen kann Beratung innerhalb des Politikzyklus eingebracht werden, und was darf davon erwartet werden? Zum Auftakt widmen sich Sylvia Veit und Markus Heindl dem Nationalen Normenkontrollrat, der seit 2011 eine deutliche Mandatsausweitung erfahren hat und in seiner besonderen Konstruktion – formale Unabhängigkeit einerseits und Einbindung in die Gesetzesvorbereitung andererseits – ein einzigartiger Akteur in der deutschen Politik ist. Andreas Wimmel blickt auf das Verhalten einzelner Politiker in parlamentarischen Prozessen. Anhand des Abstimmungsverhaltens im Zuge der Euro-Krise zeigt er, dass die individuelle Expertise einiger Fachleute unter den MdBs nicht zwingend von den Fraktionen im Gesamten reflektiert wird. Adriane Schmidt, Sebastian Thuß und Wolfgang Donsbach diskutieren werbliche Aspekte von Politik, indem sie im Bereich des Stromnetzausbau testen, welche Arten von Botschaften welche Gruppen erreichen und wie somit durch strategische Kommunikation die Akzeptanz für solche Maßnahmen gefördert werden kann. Auch Bernd J.

Hartmann und Andreas Maisch illustrieren ihre Analyse an einem Fallbeispiel: Die Verfahren zum Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 zeigen in den Augen der Autoren an, wie limitiert der originäre Einfluss von Experten auf Entscheidungen ist und wie präsent zum anderen die Gefahr der Instrumentalisierung durch politische Akteure ist.

Die Zeitschrift für Politikberatung versteht sich als Forum für Wissenschaft und Praxis und ein Thema, das traditionell in besonderer Weise diese Schnittstelle repräsentiert, ist die Politikfolgenabschätzung. Der Essay von Jan-Henning Feil, Oliver Mußhoff und Tobias Roeren-Wiemers unternimmt beispielhaft eine Einschätzung zu den Auswirkungen von EU-Agrarreformen und der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf landwirtschaftliche Betriebe. Auch das Format der Länderberichte steht für die umfassende Diskussion der Schnittstellen zwischen politischen Akteuren und Prozessen. In dieser Ausgabe widmen wir uns Österreich und führen ein Interview mit Rupert Weinzierl, der durch langjährige Tätigkeiten in Administration und Parteipolitik ein intimer Kenner der Szene ist. Im Interview mit Ansgar Tietmeyer werden die Public-Affairs-Tätigkeiten der Deutschen Bank besprochen und dabei der Platz der Interessenvertretung im demokratischen Prozess diskutiert.

Das Forum der aktuellen Ausgabe nimmt Fragen in den Blick, die sich eher am Rande des Spektrums der Politikberatungsforschung bewegen, dennoch aber wichtige Hinweise geben können: So diskutiert Karl-Martin Hentschel „Wieso die Schweden gerne Steuern zahlen“. E. W. Udo Küppers und Jan-Philipp Küppers schlagen einen „Pakt für das Gemeinwesen“ vor, um der Komplexität der Politik und damit auch ihrer Fehleranfälligkeit gerecht zu werden. Peter-Georg Albrecht schließlich blickt ins Innere von Parteiorganisationen und erörtert die Schwierigkeiten des Generationenwechsels. Die Ausgabe schließt mit Rezensionen und den Corners. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre!